



# Das Reichsbanner

Nr. 6 · Juni 1969 · 13. Jahrg.

Verkaufspreis DM 0,30

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

## Die politische Auseinandersetzung in diesem Jahr

ok. Der Bundestagswahlkampf hat schon begonnen, bevor der von den politischen Parteien offiziell für den Beginn genannte Termin fällig war. Die im Bundestag vertretenen Parteien werden nun versuchen, so, wie das einfach zu den Spielregeln einer demokratischen Auseinandersetzung für eine bestimmte politische Entscheidung gehört, alle Kraftreserven zu mobilisieren, um durch das Wahlergebnis am 9. November 1969 ihre bisherige Position zu verbessern.

Wenn also Koalitionen nur noch kurze Zeit zusammenbleiben, so sollten sie, wie Carlo Schmid meinte, in Ehren und im Frieden, aber nicht ohne Gegnerschaft auseinandergehen. In Gegnerschaft heißt nicht in Feindschaft; eine Unterscheidung die begrifflich leider nicht immer gemacht wird. Und nach dem 9. November 1969 wird es sich zeigen, welche politische Kombination sich für das Wirken in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages ergeben kann.

Sprechen wir von den politischen Parteien, von den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik, so meinen wir natürlich jene, die sich in einer sozialdemokratischen, einer christlich-demokratischen

oder in einer frei-(liberal-)demokratischen Partei organisiert haben oder sich mit deren Zielsetzung identifizieren.

Wir meinen natürlich nicht jene pseudo-demokratischen Kräfte, extremistisch in ihrer Tendenz und reaktionär-autoritär dazu, die versuchen werden, in den Bundestag zu gelangen und keine politische Gegner, sondern Feinde aller entschiedenen Demokraten und damit auch die unsrigen sind. Die Fronten sind klar abgesteckt: Weder die NPD noch die ADF-DKP sind des Vertrauens demokratischer Bürger würdig, selbst dann nicht, wenn wir sie kritisch prüfend nicht in einen Topf werfen, sondern sie in ihrer Grundsubstanz differenziert werten. Das kann aber auch nicht bedeuten, daß demokratische Parteien versuchen dürfen, mit taktischer Schläue etwa Extremisten mit nationalistischem Zungenschlag rechts überholen zu wollen oder aber bei den Extremisten der anderen Seite festzustellen, daß man mit deren „progressiven“ Kräften ein Stück des Weges gemeinsam gehen könne. Wer von den Feinden der Demokratie frißt, stirbt daran.

Für die Kameraden unseres Bundes ergibt sich entsprechend dem in § 2 unserer Satzung festgelegten Zweck unserer Orga-

nisation die Verpflichtung, im Wahlkampf aktiv und helfend tätig zu sein und mit dafür zu sorgen, daß am Wahltag die entschiedenen demokratischen Kräfte nicht nur ungeschwächt sondern noch gestärkt und als Sieger hervorgehen. Unsere Kameraden sollten sich hier durch ein beispielhaftes Verhalten hervortun. Sie stärken damit auch die Position unseres Bundes und werben Vertrauen und Mitglieder in jenen demokratischen Kreisen und Parteien die uns noch immer mit Skepsis gegenüberstehen. Somit werden also in der nächsten Zeit viele unserer Freunde in der aktiven Wahlhilfe und -Werbung eingespannt sein; wir können ihnen hierbei nur recht viel Erfolg wünschen. Neben dieser wichtigen politischen Arbeit dürfen aber auch unsere Anstrengungen nicht nachlassen, unverdrossen für unseren Bund weiter zu arbeiten, neue Mitglieder zu werben und neue Stützpunkte oder Ortsvereine zu gründen oder alte wieder zu beleben. Nach der Bundestagswahl findet im Oktober unsere II. Bundeskonferenz statt. Von der bisherigen Aktivität eines jeden unserer Kameraden und bis dahin wird es auch abhängen, ob wir zu der Feststellung kommen können, daß es wieder ein Stück vorwärts gegangen ist. Und nun an die Arbeit!

## Kein Verbot der NPD – was ist zu tun?

Von Dr. H. Joachim Schwagerl

Als das Bundeskabinett am 23. April 1969 die Entscheidung traf, einen Antrag auf Verbot der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beim Bundesverfassungsgericht nicht mehr vor der Bundestagswahl zu stellen, entsprach es im Grunde genommen einem nicht unerheblichen Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ veröffentlichte am 20. Januar 1969 eine Übersicht von deutschen Pressestimmen, die fast einhellig ein Verbot der NPD zumindest vor der Bundestagswahl nicht mehr befürworteten.

Mit dieser Entscheidung ist aber nichts über die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD ausgesagt. Es handelt sich vielmehr um die rein politische Frage, ob es unter Abwägung aller politischen Gesichtspunkte zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Interesse der Bundesrepublik liegt, ein Verbotverfahren beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Mit welcher Mehrheit beziehungsweise welchen Stimmen dieser Beschluß im Kabinett zustande kam, ist der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt. Es dürfte auch müßig sein, darüber Überlegungen anzustellen, zumal nach den Stel-

lungnahmen einiger Kabinettsmitglieder und Politiker der Koalitionsparteien offensichtlich keine einheitliche Auffassung in dieser Frage besteht.

### „Junktimklausel“

Ziemlich sicher erscheint jedoch der Umstand, daß sich im Falle einer Antragstellung beim Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung einem erheblichen Druck ausgesetzt gesehen hätte, die DKP und den SDS ebenfalls zu verbieten. Diese in bestimmten Kreisen gepflegte „Junktimklausel“ in der Frage des Verbots zwischen

„rechts“ und „links“ ist nicht frei von Bedenken, da Ausgangspunkte und Zielsetzungen dieser radikalen politischen Bestrebungen völlig verschieden sind. Beide Problemkreise sollten also unterschiedlich behandelt werden.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die 223. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. März 1969 gewesen, in der sich bei der Debatte über den Haushalt des Bundesinnenministeriums Stellungnahmen von grundsätzlicher Bedeutung zum Parteiverbot ergeben haben.

Der Bundesinnenminister Benda gab unmißverständlich zu verstehen, er sei aufgrund der Analysen seines Hauses und der nachgeordneten Behörden bereits im September 1968 zu der rechtlichen Überzeugung gelangt, daß die NPD in dem Erscheinungsbild, das als Material vorliegt und auch für beweiskräftig gehalten wird, die Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes erfüllt.

Über den Zeitpunkt der Stellung eines Verbotsantrags beim Bundesverfassungsgericht gehen allerdings die Meinungen weit auseinander. Die FDP versucht diese Frage so zu beantworten: Die Forderung nach einem Verbot solle nur erhoben werden, wenn „das Beweismaterial für die Verfassungswidrigkeit offensichtlich zulässig und unwiderleglich erscheine, die politische Auseinandersetzung ohne Erfolg versucht worden sei und die Gefahr für den Bestand der freiheitlichen Ordnung unmittelbar drohe.“

Diese Definition der Voraussetzungen kann sich aber nur auf die Frage der Antragstellung selbst beziehen und nicht auf die Forderung nach dem Verbot der NPD schlechthin.

Nach der Gesamtkonzeption des Grundgesetzes sollte ein Verbot einer politischen Partei nur die letzte Maßnahme (ultima ratio) darstellen oder als verfassungsrechtliche „Notbremse“ dienen, wie es Professor Schuster („Die Zeit“ vom 28. November 1968) zutreffend gefordert hat. Allgemein neigen viele Deutsche immer noch dazu, sofort nach dem Staat zu rufen, wenn die Dinge sich nicht so entwickeln, wie sie sich das vorgestellt haben. Den Rechtsradikalen wird das Streben nach einem starken Staat und nach absoluter Staatsautorität vorgeworfen. Ist es nicht geradezu bequem und autoritär sowie ein Eingeständnis der eigenen Schwäche, bei den ersten ernstlichen Widerständen sofort die ganze Staatsgewalt aufzubieten, statt sich neue Formen und Methoden der Bekämpfung des Rechtsradikalismus einfallen zu lassen?

### Nicht mit der Schablone

Die Beurteilung dieser Sachlage wäre allerdings dann eine andere, wenn es sich bei der NPD um eine typische neonazistische oder neofaschistische Partei handeln würde. Das ist aber bisher nicht der Fall.

Entgegen den ständigen Behauptungen der Kommunisten und einiger linksradikaler Gruppen haben die jahrelangen Beob-

achtungen und sorgfältigen Analysen eine Neuauflage der NSDAP oder der 1952 als verfassungsfeindlich verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) nicht bestätigen können. Wer dennoch diese Thesen vertritt, hilft mittelbar der NPD, indem die entscheidenden Grundlagen, Nährboden und Quellen des Rechtsradikalismus nicht freigelegt werden. Der Blickwinkel verengt sich nur auf die Merkmale der NSDAP und der SRP. Die eigentlichen Träger und Anhänger des Rechtsradikalismus werden durch diese Auffassung nicht mehr aufgespürt und erkannt.

Die NPD weist zwar in personeller Hinsicht einen harten nazistischen Kern auf. Zwei Drittel ihrer Mitglieder und noch mehr ihre Wähler können nicht als Neonazisten angesehen werden.

Struktur der NPD-Wähler und die Kenntnis ihrer Motive beweisen, daß die Probleme, eine rechtsradikale Partei zu unterstützen, vielschichtig sind und nicht mit der Schablone des Neonazismus erfaßt werden können. Der Schwerpunkt der Anhänger liegt altersmäßig noch zwischen 45 und 60 Jahren; doch dürfen die jüngeren Mitglieder und Anhänger bis zu 29 Jahren, deren Anteil etwa 19 Prozent beträgt, nicht übersehen werden. Die NPD ist weiterhin eine ausgesprochene Mittelstandspartei (kleinere Gewerbetreibende, mittlere Angestellte, Kaufleute u. ä.). Der Anteil der Arbeiter ist in den letzten beiden Jahren auf 32 Prozent gestiegen.

Die Anhänger setzen sich sicherlich in einem hohen Maße aus Protestwählern zusammen, die sich teils aus wirtschaftlichen Gründen – Sorge um die berufliche Existenz –, teils aus sonstigen Ängsten vor der steigenden Kriminalität oder der „roten Gefahr“ von der NPD eine Besserung der Verhältnisse versprechen. Hier stellt sich die Frage nach dem schwer überschaubaren Nährboden des Rechtsradikalismus, auf dem eine Partei wie die NPD gedeihen kann. Es scheint fast so, als ob die NPD in radikaler Form das artikuliert, was zahlreiche Mitbürger denken: die Sehnsucht nach der heilen Welt, nach einem „Führer“, der alle Entscheidungen abnimmt und nach einem starken Staat, der autoritär alle Probleme löst. Diese Kreise beklagen den Autoritätsschwund und das Abbröckeln des patriarchalischen Vaterbildes. Die Flucht vor den Konflikten und das unpolitische Bildungsideal des Neuhumanismus erzeugen antidemokratische Grundstimmungen. Es ist ohne Zweifel ein Verdienst der revoltierenden Studenten, diesen Restaurationsprozeß in der Bundesrepublik sichtbar gemacht zu haben.

### Der Nährboden

Solange noch Schläge prinzipiell als Erziehungsmittel gelten, in „Deutschlands Wohnküchen und Schlafzimmern ausgiebig geprügelt“ wird (vgl. „Die Zeit“ vom 11. April 1969), die „Bild-Zeitung“ bei vielen einzige Informationsquelle ist, die Intoleranz gegenüber politisch Andersdenkenden und die Ablehnung alles Fremden als normal empfunden wird, bleibt ein breiter

Nährboden für eine rechtsradikale Partei vorhanden. In einer Gesellschaft, in der „Frau Saubermann und der weiße Riese Hochzeit halten“, wo die Forderungen nach Ordnung und Disziplin höher als die persönliche und politische Freiheit eingeschätzt werden, ist die NPD die radikale Partei der „deutschen Seele“, also eine legitime Erscheinung unserer bundesdeutschen Gesellschaft. Deshalb wäre ein Verbot dieser Partei nur eine halbe Sache. Durch das Verbot können autoritäre Strukturen, die tief in demokratische Kreise reichen, und antidemokratische Grundhaltungen nicht beseitigt werden. Ganz davon abgesehen, daß die Legende der Wahlmanipulation neue Nahrung erhalten würde.

### Was ist zu tun?

Die so oft geforderte geistig-politische Auseinandersetzung muß endlich in vollem Umfange realisiert werden. Die in erster Linie berufenen politischen Parteien lassen es bisher an dem nötigen Schwung fehlen, die Scheinargumente der Rechtsradikalen systematisch zu zerpfücken.

Voraussetzung einer wirksamen Bekämpfung ist die genaue Kenntnis der Taktik und der Methoden der NPD.

Den Schwerpunkt der Propaganda legt die NPD auf die Verbreitung von Druckschriften. Die erste Wahlzeitung („NPD-Kurier“) ist im April mit einer Auflage von etwa 12 Millionen Exemplaren im Bundesgebiet verteilt worden. Sie befaßt sich mit den Angriffen gegen die NPD und versucht, die Angstgefühle der Mitbürger zu verstärken. Die Bundesrepublik stünde vor einer drohenden Bolschewisierung, die Fünfte Kolonne Ulbrichts und die Ultralinken bereiteten auf kaltem Wege die Machtergreifung vor. Sozialdemokraten, Gewerkschafter und linke Studenten seien die Handlanger des Bolschewismus. Hinter der glänzenden Wohlstandsfassade vollziehe sich die Zersetzung von Recht und Ordnung. „Die Angst geht um im Land“. Demgegenüber bietet sich die NPD als „Bollwerk gegen Zersetzung und Aufruhr an“. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die NPD jede linksradikale Ausschreitung zur Untermauerung ihrer Behauptungen propagandistisch ausschaltet. Die allgemeine Wahlpropaganda lautet daher „Sicherheit durch Recht und Ordnung“.

Die zweite Wahlzeitung wird im Juni erscheinen. Die dritte Ausgabe – Anfang August 1969 – soll ebenfalls in einer Auflage von 12 bis 15 Millionen an fast alle Haushalte verteilt werden. 3 Millionen Kleinplakate, 100 000 Großplakate und Wahlsonderdrucke für die Landwirtschaft, Bundeswehr und „junge Generation“ sollen intensiv für die NPD werben. Ihren Wahletat hat die NPD inzwischen auf etwa 10 Millionen DM erhöht. Die Kosten sollen zu einem erheblichen Teil aus Spenden und Darlehen der Mitglieder getragen werden.

Das auf dem NPD-Wahlkongreß verabschiedete Wahlprogramm entspricht weitgehend auch den Vorstellungen konserva-

tiver Kreise in der Bundesrepublik. Einzelne Forderungen zielen auf eine Vergrößerung der zentralistischen Staatsgewalt und Stärkung der Staatsautorität, so zum Beispiel:

Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,

Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid bei „politischen Lebensfragen der Nation“,

einheitliche Finanzverwaltung als Bundesangelegenheit,

Zusammenfassung aller Gerichtsbehörden unter einem Bundesministerium,

Errichtung eines Bundesministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Forschung mit Rahmenkompetenz für alle Hochschulangelegenheiten,

Pflichtdienst für alle Mädchen,

Arbeitsdienst für alle wahlpflichtigen Männer, die nicht eingezogen werden.

## 620 Delegierte – 400 Ordner

Ihre Wahlveranstaltungen läßt die NPD durch einen auf Bundesebene aufgebauten Ordnerdienst (OD) schützen. Bei dem Außerordentlichen Parteitag der NPD am 22. Februar 1969 in Schwabach/Nürnberg traten erstmalig die Ordner massiert auf. Etwa 620 Delegierte wurden durch etwa 400 Angehörige des Ordnerdienstes gegen Störungen geschützt. Die Ordner waren zum Teil mit Funksprechgeräten ausgerüstet und wurden durch eine fahrbare Funksprechzentrale gesteuert. Das intensive Schulungsprogramm und die in einigen Landesverbänden vorgenommene organisatorische Gliederung des Ordnerdienstes lassen Ansätze zu einer para-militärischen Organisation erkennen. Es wird der NPD bei Großveranstaltungen keine Schwierigkeiten bereiten, 1000 bis 3000 Ordner aufzubieten.

Wenn auch die NPD bis Ende vergangenen Jahres durch die Verbotsforderungen einen leichten Rückgang in der Mitgliederzahl (von 29 000 auf 27 000) zu verzeichnen hatte, so scheint die innere Krise der Partei mit dem frühen Beginn des Wahlkampfes überwunden zu sein. In den Nachwahlen zu Kommunalwahlen am 23. März 1969 konnte die NPD in Lüdenscheid 7,1 Prozent, in Lemgo 7,9 Prozent und im Landkreis Lüdenscheid 5,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gewinnen.

Das gemeinsame Nahziel aller demokratischen Kräfte muß es sein, die NPD bei der Bundestagswahl unter die 5-Prozent-Grenze zu drücken und danach schrittweise den Nährboden des Rechtsradikalismus bis auf einen Rest unverbesserlicher Nationalisten zu beseitigen.

(Der Verfasser ist unseren Kameraden aus Hessen von der letzten Landeskonferenz her bestens bekannt. Seine heute hier gemachten Ausführungen dürften wohl das besondere Interesse aller Kameraden finden. Die Red.)

## Gelesen und zitiert

„Wo Ordnung gefordert wird, um Vorrechte zu schützen, wo man nach Autorität rufft, um notwendige demokratische Entwicklungen zu verzögern, da stehe ich auf Seiten derer, die Kritik üben“.

(Willy Brandt, SPD-Vorsitzender am 1. Mai 1969 in Hamburg.)

\*

Hanau. (dpa) Prügel und ein Biß in die Hand waren für einen Hanauer **CDU-Kommunalpolitiker** die Quittung für Zwischenrufe während eine NPD-Versammlung in Hanau. Nach eigenen Angaben wurde er am Freitagabend von vier Saalordnern gewaltsam aus der Hanauer Stadthalle entfernt. . . .

(Köln. Rundschau [C D U] 8. 6. 1969)

\*

„Ich gehöre nicht zu denen, die die NPD von vornherein verdammen. Sollte die NPD in den Bundestag gewählt werden, wird sie auch im Sudetendeutschen Rat ihren Platz finden.“

(CSU-Bundestagsabgeordneter

Walter Becher

am 19. 5. 1969 in München-dpa)

\*

„... Günter Grass hielt ein bemerkenswertes Referat zu dem brisanten Thema „Die Bundeswehrbibliotheken“.

„Ein Dr. Kopelke sitzt unnahbar im Bundesverteidigungsministerium und läßt unbehindert die Ideologie der Walter Flex und Beumelburg, der Dwinger und Grimm nachwachsen und Band für Band in den Truppenbüchereien Urständ feiern. Nichts Überraschendes, denn der Fall Kopelke ist nur ein Pendant zum Fall Grashey, und der Zustand der Truppenbüchereien in der Bundeswehr ist, wie die weitverbreitete Mentalität Kopelke plus Grashey, eine Erklärung mehr für die zunehmende Anfälligkeit in der Bundeswehr, sich der NPD zu nähern oder sie gar zu wählen.“

Dann ging Grass ins Detail: „Wer ist Dr. Wolfdietrich Kopelke? Im Dritten Reich nahm er das Amt eines Unterabteilungsleiters der Deutschen Arbeitsfront wahr und schrieb Bücher, die den Krieg im Sinne des Nationalsozialismus verherrlichten. Heute betreut er im Referat Truppenbetreuung der Bundeswehr die Truppenbüchereien.“

„Nach wie vor meine ich“, so resümierte Günter Grass, „die Bundeswehr bedarf der Hilfe von außen, damit sie nicht sich selbst und verhängnisvollen Traditionen überlassen bleibt.“

Die schließlich von den Bibliothekaren fast einstimmig verabschiedete Resolution an das Bundesverteidigungsministerium mit der Bereitschaftserklärung, fortan die Betreuung der Truppenbüchereien zu übernehmen, wird wahrscheinlich wenig fruchten. SPD-Wehrexperte Karl Wienand meinte, skeptisch abwinkend: „Ich kenne Bonn.“

(Henning Harmssen

Kölner Stadtanzeiger 24. 5. 1969  
über eine Bibliothekar-Tagung  
in Bremen)

## Briefkasten

**T. T. Bad Godesberg:** Von dem von Ihnen erwähnten **Dr. Kopelke** im Referat Truppenbüchereien des Bundesverteidigungsministeriums, berichten wir heute unter „Gelesen und zitiert“. Über den Verband der Heimkehrer (VdH) nahm er vor Jahren sogar an einem von der Bundeszentrale für polit. Bildung arrangierten Studienaufenthalt in Israel teil. Die Israelis werden sich über diesen Besuch sicherlich besonders gefreut haben.

**A. H. Bonn:** Wenn im – gelinde gesagt – rechtskonservativen „Deutschland-Magazin“ im Leitartikel im ersten Heft „von besonderer Seite“ das „ideologische Dogma“ vom „Staatsbürger in Uniform“ abgelehnt wird und neben den bekannten weit rechtsstehenden Winfried Martini, H. G. von Studnitz usw. auch der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes Oberstleutnant **Heinz Volland** als Autor erscheint, muß er sich gefallen lassen, daß er und sein Verband in die politische Schußlinie kommen. Sage mir mit wem Du umgehst . . . Was sagen die vielen Mitglieder dazu, die als entschiedene Demokraten sich bemühen, reaktionären Rechtsdrall in der Bundeswehr aufzuhellen und aufzuhalten?

**Aus verschiedenen Orten:** Was **uniformierte Bundeswehrangehörige** bei Pferderennen als Helfer zu tun haben, wissen wir auch nicht. Es gibt keine Kavallerie mehr und den Bedürfnissen exklusiver Kreise hat die Bundeswehr nicht Rechnung zu tragen. Wobei wir nichts gegen Pferderennen haben.

Nun ist das eingetreten, was wir gewollt hatten. Beiträge in der letzten Nummer haben Widerspruch gefunden, und der Leser findet aus Platzmangel erst in der nächsten Nummer dieser Zeitung Gegenüberungen zu den strittigen Artikeln. Wir wiederholen nochmals, daß wir auch unter uns kein Blatt vor den Mund nehmen sollten. Wir brauchen eine lebendige Auseinandersetzung und ein Ringen um die Klärung der Probleme, die uns im Rahmen unserer Aufgaben bewegen. Einförmigkeit in unseren Äußerungen würde zu tödlicher Langeweile und zur Erstarrung führen.

## II. Bundeskonferenz

am 18. u. 19. Oktober 1969

in Bonn Beuel



Mitteilungen  
des  
Bundesvorstandes  
der  
Landesverbände  
und Ortsvereine

Fragen an manchen Ortsverein:

- Finden regelmäßig Mitglieder- und sonstige Versammlungen statt?
- Wird zu den Versammlungen schriftlich und im Versammlungskalender der örtlichen Zeitungen eingeladen?
- Werden die Beiträge pünktlich bezahlt oder kassiert, und besteht zur Erleichterung der Zahlung ein Girokonto bei einem Geldinstitut?
- Werden die Beiträge pünktlich, je nach den vorgesehenen Regelungen, über den Landesverband oder den Bundesvorstand direkt abgerechnet?
- Wieviel bezahlte Zeitungen werden bezogen und könnten es nicht mehr sein?
- Was geschieht bezüglich der Mitgliederwerbung?
- Welche Folgerungen wurden bisher schon aus den in der April-Nummer unseres Blattes veröffentlichten vielen Anregungen für die praktische Arbeit gezogen?

Überprüft bitte den Stand der örtlichen Organisation und sorgt für Abhilfe dort, wo die vorstehend gestellten Fragen unbefriedigend beantwortet werden müssen.

Nordrhein-Westfalen

Markenausgabe für Ortsvereine und Einzelmitglieder, sowie Abrechnung, Ausgabe geldwerter Drucksachen usw. über den Landesverbandskassierer, Bankkonto: Städtische Sparkasse Bonn, Girokonto Nr. 76422, Adolf Prangenberg, w./Reichsbanner, 53 Bonn, Flensburger Straße 68. Anschrift des Landesverbandes: August Kerger, 53 Bonn, Nikolausstraße 17/II, Telefon: (02221) 229715 (abends)

An die Abgabe fälliger Abrechnungen wird erinnert.

Leverkusen

Neue Freunde melden sich bei Josef Karp, Ortsvereinsvorsitzender, 509 Leverkusen, Petersbergstraße 41, Telefon 71362.

Der **Spielmannszug** probt jeden Dienstag von 19-21 Uhr im Gasthaus des Kameraden Karp.

Solingen

Meldungen von ehemaligen Kameraden und neuen Freunden an Karl Viggen, 565 Solingen-Merscheidt, Blücherstraße 35.

Ratingen

Alle Zuschriften für den Stützpunkt an W. Kaynig, 403 Ratingen, Am Ostbahnhof 10.

Wuppertal

Alle Zuschriften an W. Kluge, 56 Wuppertal-Elberfeld, Uellenbergplatz 4.

Dortmund

Ehemalige Kameraden und neue Freunde aus den Reg.-Bez. Münster und Arnsberg melden sich bei Paul Höbener, 46 Dortmund, Bruderweg 9, Tel. 527688/99.

Paderborn

Neue Freunde melden sich beim Stützpunktleiter Josef Weiß, 479 Paderborn, Ansgarstraße 26.

Düsseldorf

Frühere Kameraden und neue Freunde wenden sich an Dr. Middelhaufe, 4 Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-Friedrich-Ring 68, Telefon 52264.

Leichlingen

Zuschriften für den Stützpunkt an Herbert Grafe, 5672 Leichlingen, Grafenberger Weg 9.

Krefeld

Alle ehemaligen Kameraden und neue Freunde, die dem Bund wieder beitreten wollen, wenden sich an Albert Machost, 415 Krefeld, Prinzenbergstr. 111, Telefon 64395 oder Johannes Dirckes, 415 Krefeld, Schneiderstraße 70, Telefon 26107.

Bonn

Zur nächsten Versammlung wird durch Rundschreiben eingeladen.

FREIHEITSBUND e.V.

Landesverband Berlin

Geschäftsstelle in Berlin 31 (Wilmersdorf)  
Livländische Straße 6, Telefon 872908.

Hamburg

Neue Freunde melden sich bei Kurt Clasen, 205 Hamburg 80, Billgrabendeich 21, Telefon 7242495 oder bei Franz Dreyer, 2 Hamburg 73, Telefon 6726498.

Hessen

**Neu-Isenburg - Sprendlingen - Langen:**  
Samstag, 5. Juli 1969 im Gasthaus Wilhelmshöhe, Wilhelmstraße 1, 16,00 Uhr Zusammenkunft aller Kameraden. Ehem. Mitglieder und neue Freunde sind willkommen.

Bremen/Weser-Ems

Die Geschäftsstelle befindet sich bei dem Landesvorsitzenden

Dieter Westermann  
28 Bremen, Plettenberger Weg 18  
Telefon 0421/44 07 33.

Die Konferenz des Landesverbandes findet am Dienstag, 17. Juni, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Verden/Aller statt. Beginn 9.30 Uhr. Ende etwa 15.00 Uhr. Einladung mit Tagesordnung erfolgt schriftlich.

Bremen

Zu der im Monat Juli fälligen Mitgliederversammlung werden wir Termin und Tagesordnung schriftlich bekannt geben.

Spandau

Unser Tischgespräch am 31. Mai war sehr gut besucht. Es wurde beschlossen, am 19. Juli mit unseren Angehörigen eine Fahrt mit dem Dampfer „Gisela“ zu unternehmen. Abfahrt 19.30 Uhr vom Lindenufer. Kosten DM 4.-.

Jugendbund Bremen

In der Zeit vom 18. 6. bis 9. 7. finden folgende Gruppenabende jeweils an einem Mittwoch statt: Am 18. 6. 19.00 Uhr, Tanzabend im Clubraum Sielwall 68. Hierzu haben wir die Rot-Kreuz-Jugend eingeladen, mit der wir in Sankt Magnus einen filmkundlichen Lehrgang durchführten.

Am 25. 6. ist eine wichtige Besprechung über unsere Urlaubsfahrt im Jugendheim Geschworenweg. Anschließend läuft ein internationaler Film. Am 2. 7. ist eine Besichtigung der Polizeizentrale vorgesehen. Treffpunkt 19.30 Uhr Post Domsheide. Der letzte Gruppenabend vor der Sommerpause findet am 9. 7. wieder in unserem Clubraum Sielwall 68 statt.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners  
Schwarz-Rot-Gold,  
Bund aktiver Demokraten e. V. und  
des Freiheitsbundes e. V., Berlin  
Nr. 6 Juni 1969 - 13. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,  
Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstr. 7,  
Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger,  
53 Bonn, Nikolausstraße 17/II,  
Telefon: (02221) 229715

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:

IVW Industrie- u. Verkehrswerbung GmbH & Co. KG.,  
6000 Frankfurt am Main,  
Fürstenberger Straße 157, Telefon: (0611) 55 80 36  
Druck: Hermann Meister KG, Heidelberg

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. - Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.